

PRESSEKONFERENZ ZU 25 JAHREN MOBILE BERATUNG

► Demokratie schützen – aber wie?

Wann? 18. Juni 2026, 10 - 11 Uhr

Wo? Online (Zoom)

Menschen unterstützen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren: Mit diesem Ziel wurde vor 25 Jahren die Mobile Beratung gegründet. Heute sind bundesweit über 200 Berater*innen im Einsatz, um Schulen, Betriebe, zivilgesellschaftliche Bündnisse, Feuerwehr und Kommunalpolitik im Umgang mit Rechtsextremismus zu stärken. Die Anfragen sind zuletzt stark gestiegen, die Herausforderungen größer geworden.

Doch ausgerechnet jetzt steht unsere Arbeit auf dem Spiel: Das Bundesfamilienministerium will „Demokratie leben!“ umstrukturieren – dem Bundesverband Mobile Beratung und vielen anderen Trägern droht das Aus. Welche Folgen hätte das für die Demokratie? Was kann jede*r Einzelne jetzt tun, um sie zu schützen? Und welche Rolle kommt Akteuren wie Wirtschaft und Stiftungen zu, wenn sich der Staat zurückzieht und politische Diskurse kippen? Zum 25. Jubiläum der Mobilen Beratung und 10-jährigen Bestehen des Bundesverbandes laden wir Journalist*innen zur Pressekonferenz ein.

Mit:

- **Grit Hanneforth**, Geschäftsführerin des Bundesverbands Mobile Beratung
- **Lillian Mettler**, Mobile Beraterin gegen Rechtsextremismus in Düsseldorf
- **Michael Sasse**, Sprecher der Demokratie-Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“, Kassel. Die Initiative wird maßgeblich von Unternehmen gefördert und getragen.

Wir bitten um **Anmeldung bis zum 16. Juni** über presse@bundesverband-mobile-beratung.de. Im Anschluss senden wir Ihnen den Link zu.

ZUM BUNDESVERBAND

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von rund 50 Mobilen Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten. Der BMB vernetzt die Teams, organisiert Fachtagungen und steht für Anfragen aus Politik und Medien zur Verfügung.

Den Veranstaltenden ist ein respektvolles und diskriminierungsfreies Miteinander sehr wichtig. Störungen oder Beleidigungen führen zum Ausschluss aus der Veranstaltung. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.